



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 25. September 2012
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Peter Schickel

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 19:05 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 36/12

(Drucksachenband 170)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der/die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0085 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0086 12-F-33-0106

Notfall-SMS
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 18.09.2012 -

Der gem. Antrag wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig angenommen

0087 12-F-08-0107

Öffentliche Sitzungen des Ältestenausschusses
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 19.09.2012 -

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag der CDU, den Antrag an den Ältestenausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen und unter dem Hinweis der Antrag stellenden Fraktion auf Einverständnis mit der Überweisung, wie folgt abgestimmt:

Einstimmig angenommen

0088 12-F-08-0108

Keine Weitergabe der Meldedaten - Bürger_innenantrag
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 19.09.2012 -

Der Antrag der CDU, den Antrag von Linke&Piraten als durch Aussprache für erledigt zu erklären, wird wie folgt abgestimmt:

gegen Linke&Piraten bei Enth. Grüne angenommen

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 25. September 2012

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0089 12-F-08-0109

Städteausschuss Mainz-Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 19.09.2012 -

Der Antrag wird von Seiten der Antrag stellenden Fraktion als durch Aussprache für erledigt gehalten.

Einstimmig

0090 12-F-08-0087

WLAN an öffentlichen Plätzen - Beschluss Nr. 0107 vom 6.12.2011 des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
- Antrag Linke&Piraten vom 22.08.2012 -

Herr Kremer (I/20 ITM) berichtet zu dem Thema aus der Sicht der Verwaltung. Grundsätzlich ist es möglich, den Vorgaben des Antrages zu folgen. Es sei aber noch die Kostenfrage zu klären (Werbefinanzierung oder zu Lasten der LHW).

Wenn die Nutzung zu Lasten der LHW stattfinden soll, müsste z. B. auch geklärt werden, ob die LHW überhaupt als Teledienstanbieter im Sinne des Gesetzes auftreten darf.

Weitergehend müsste auch geklärt werden, wie mit der Störerhaftung umzugehen ist, d.h., wenn Nutzer verbotene Dinge tun, ist dann der Anbieter (in dem Fall die LHW) haftbar?

Ist es ausreichend, die Handy-Daten der Nutzer zu erfassen oder werden mehr Daten benötigt.

Unter den jetzigen Bedingungen (viele Unklarheiten) sei es nicht möglich, ein Angebot zu unterbreiten.

Stellv. Vors. Schickel fragt nach, ob ein Provider bestimmte Seiten sperren kann, denn besorgte Eltern hätten schon Bedenken angemeldet.

Stv. Hoffmann möchte wissen, ob man sich nicht bei anderen Städten erkundigen könne, wie dort die Erfahrungen sind bzw. wie es dort gehandhabt wird.

Lt. Herrn Kremer gibt es bundesweit nur wenige Städte, die WLAN anbieten (z. B. Friedrichshafen im Rahmen des T-City-Angebots, Rust rund um den Europapark und in Berlin gäbe es Versuche und Diskussionen). Öffentliche kostenlose Anbieter der Stadt gäbe es nahezu keine.

Auf die Frage von Stv. Seipel-Rotter, ob Herr Kremer der LHW zu einem öffentlichen WLAN-Netz raten würde, erwidert Herr Kremer, dass er zwar eine private Meinung dazu habe, aber die Entscheidung nicht in seiner Hand liege.

Stellv. Vors. Schickel bekräftigt, dass dies eine Entscheidung der Fraktionen sei.

Stv. Weck möchte den heutigen Bericht als Zwischenbericht zur Kenntnis nehmen und erwartet, dass die ungeklärten Fragen noch aufgearbeitet werden. Erst nach einem umfassenden Bericht könnten die Fraktionen klären, welchen Weg sie gehen möchten.

Der Ausschuss bittet den Magistrat unter Hinweis auf den Ursprungsbeschluss vom 06.12.2011, einen dezidierten Bericht vorzulegen, um damit eine Entscheidungsgrundlage für die Fraktionen zu schaffen.

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0091 Bericht der Dezernentin

Frau Stadträtin Scholz berichtet, dass

- am 06.11.2012 in der Zeit von 18 Uhr bis 20 Uhr das diesjährige Wiesbadener Integrationsgespräch im Stadtverordnetensitzungssaal unter Beteiligung von Frau Prof. Dr. Susanne Schröter und Herrn Prof. Dr. Ahmet Toprak stattfinden und der Ausschuss dazu noch gesondert eingeladen wird,
- am 04.09.2011 die Informationsveranstaltung zum Thema Salafismus unter hoher Beteiligung der muslimischen Gemeinden stattgefunden hat und
- der Magistrat am 25.09.2012 den Integrationsbericht beraten hat, der dem Ausschuss rechtzeitig zum nächsten Sitzungszug vorliegen wird.

Einstimmig

0092 12-V-30-0013

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden III (Wiesbaden-Bierstadt)

Einstimmig

0093 Verschiedenes

1. Stv. Seipel-Rotter bittet um Aufklärung darüber, warum die diesjährige Verleihung des Preises für Bürgermut nicht im Festsaal, sondern im Raum 22 stattfindet.
2. Stv. Apel bittet zu klären, warum beim Neubürgerempfang keine Schnittchen mehr gereicht und auch keine Einzel- sondern Gruppenfotos angefertigt werden.
3. Die Fraktionen werden um Vorschläge gebeten, wo der Ausschuss demnächst „vor Ort“ tagen könnte.
4. Der Vorschlag von stellv. Vorsitzendem Schickel, eine der nächsten Sitzungen in der amerikanischen community abzuhalten, wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Vorschlag aus der letzten Sitzung von Stv. Dr. Michna wird noch einmal bekräftigt, in einer der nächsten Sitzungen einen/eine Vertreter/in des Büros „Jobnavi - Was willst du werden?“ und einen Vertreter des muslimischen Kulturvereins einzuladen.

Einstimmig

